Landkreis **Vorpommern-Rügen**
Die Kreistagspräsidentin

Niederschrift über
die 20. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 12.03.2018

Sitzungsraum: Hochschule Stralsund "Audimax", Zur Schwedenschanze 15 in 18435 Stralsund
Sitzungsdauer: 17:00 - 19:45 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglieder

Herr Michael Adomeit
Herr Uwe Ahlers
Herr Dirk Arendt
Herr Horst Badendieck
Frau Ute Bartel
Herr Steffen Bartsch-Brüdgam
Herr Mario Bauch
Herr Alexander Benkert
Herr Ralf Borschke
Frau Karin Breitenfeldt
Frau Wenke Brüdgam
Herr Eike Bunge
Dr. Heike Carstensen
Herr Helge Eggersmann
Frau Mechthild Gibbels
Herr Christian Griwahn
Herr Holger Henze
Herr Maik Hofmann
Herr Dieter Holtz
Herr Frank Ilchmann
Herr Dr. Stefan Kerth
Herr Holger Kliewe
Frau Andrea Köster
Herr Frank Kracht
Herr Helmut Krüger
Herr Andreas Kuhn
Frau Christiane Latendorf
Frau Gisela Lemke
Herr Thomas Lewing
Herr Detlef Lindner
Frau Kathrin Meyer
Herr Wolfgang Meyer
Herr Olaf Micheel
Herr Dr. Manfred Möller
Herr Udo Peters
Herr Michael Philippen
Herr Rüdiger Preß
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Thomas Reichenbach
Herr Gerd Scharmberg
Frau Bärbel Schilling
Herr Michael Schmidt
Herr Norbert Schöler
Frau Sandra Schröder-Köhler
Herr Thomas Schulz
Herr Maximilian Schwarz
Herr Axel Thiede
Herr Christian Thiede
Herr Norbert Thomas
Frau Heike Völschow
Herr Dr. Wolfgang Weiß
Frau Susann Wippermann
Frau Karin Wodrich
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow

Von der Verwaltung

Herr Landrat Ralf Drescher	
Frau Carmen Schröter	FBL 1 und Beigeordnete
Herr Manfred Gerth	FBL 2 und Beigeordneter
Frau Ricarda Rumpel	FDL 01
Herr Wolfgang Hirtschulz	FDL 03
Frau Heike Karnatz	FDL 12
Herr Hans-Georg Rüting	FDL 13
Herr Olaf Manzke	Pressesprecher
Frau Kathrin Schmuhl	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Karina Werner	EBL Jobcenter
Frau Franziska Behm	Protokollführerin
Frau Merle Gutwald	Azubi 2. Lehrjahr

Es fehlen:

Kreistagsmitglieder

Herr Norbert Benedict	
Herr Ernst Branse	entschuldigt
Herr Ingolf Dinse	
Herr Ingulf Donig	entschuldigt
Herr Harry Glawe	
Herr Peter Knorr	
Herr Hendrik Lastovka	
Frau Claudia Müller	entschuldigt
Frau Kerstin Nilson	entschuldigt
Frau Anja Ratzke	entschuldigt
Herr Benno Rüster	
Frau Andrea Saatmann	
Herr Andreas Teller	
Herr Prof. Dr. Ludwig Wetenkamp	entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreistages vom 11. Dezember 2017
5. Bericht des Landrates
6. Anfragen der Kreistagsmitglieder
7. Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen des Amtsgerichtes Stralsund
8. Nach- und Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

8.1. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitglieds im Haushalts- und Finanzausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

8.2. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

8.3. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Sozial- und Gesundheitsausschusses aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

8.4. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

8.5. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes im Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

8.6. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Betriebsausschuss des Jobcenters aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

8.7. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes in der Ehrenkommission aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

8.8. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes in der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

8.9. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes in der Mitgliederversammlung der Kommunalgemeinschaft POMERANIA e.V. aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

8.10. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Vorpommern aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

8.11. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss aufgrund des Verzichts von Frau Ute Bartel

8.12. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss aufgrund des Verzichts von Frau Dr. Heike Carstensen

8.13. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes im Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Jochen Kwast

8.14. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Ausschuss für Soziales und Gesundheit aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Jochen Kwast

9.	Änderung der Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2018	BV/2/0460
10.	3. Änderungssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen über die Schülerbeförderung und Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg vom 11. Juni 2012	BV/2/0463
11.	2. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2015/2016 - 2019/2020	BV/2/0451
12.	2. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die beruflichen Schulen im Planungszeitraum	BV/2/0450

	2013/2014 bis 2017/2018	
13.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der REWA GmbH	BV/2/0453
14.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Gestaltung der Website der Kreismusikschule Vorpommern-Rügen"	A/2/0102
15.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Kontaktbüros zur Fachkräfteanwerbung im Ausland"	A/2/0101
16.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Bienensterben verhindern"	A/2/0100
17.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Begehbarkeit des Königsstuhls sichern"	A/2/0099
18.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Landkreis Vorpommern-Rügen als Modellregion für kostenlosen ÖPNV"	A/2/0098
19.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Schülerticket Mecklenburg-Vorpommern"	A/2/0096
19.1.	Änderungsantrag zum A/2/0096 der Kreistagsfraktion SPD: "Schülerticket M-V“	A/2/0096/1
20.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Verbesserung der Umsteigesituation am Bahnhof Velgast"	A/2/0097
21.	Ausschreibung zu Grundstücksveräußerungen in Prora, Liegenschaft Block V	BV/2/0445
22.	Mitteilungen	

- Nichtöffentlicher Teil -

23.	Grundstücksangelegenheit	BV/2/0456
24.	Grundstücksangelegenheit	BV/2/0452
25.	Personalangelegenheiten	I/2/0026

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Kreistagspräsidentin Köster eröffnet die 20. Sitzung des Kreistages und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und mehr als die Hälfte aller Kreistagsmitglieder anwesend sind. Damit stellt Frau Kreistagspräsidentin Köster die Beschlussfähigkeit fest.

Des Weiteren gratuliert Frau Kreistagspräsidentin Köster den Kreistagsmitgliedern, die seit der vergangenen Sitzung Geburtstag hatten.

Abschließend teilt sie mit, dass Herr Peter Knorr sein Kreistagsmitglied niedergelegt habe.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Umlauft sagt, dass er seit Jahren regelmäßig Steuern, Gebühren und Beiträge zahle. Im November 2017 habe ihn ein amtliches Schreiben mit der Mitteilung dar-

über erreicht, dass sein Grundstück an die Abfallbewirtschaftung angeschlossen sei. Da er laut Schreiben nicht mehr Gebührenschuldner gemäß Abfallgebührensatzung sei, werde ab Januar 2018 nicht mehr eingezogen. Sein schriftlich eingereichter Aufklärungswunsch zu diesem Schreiben sei nach zweimonatlicher gründlicher Prüfung beantwortet worden. Mit Inkrafttreten der einheitlichen Abfallgebührensatzung zum 1. Januar 2016 sei das Bezahlen im Lastschriftverfahren von Mietern bis zum 31. Dezember 2017 geduldet. Eine Duldungsregelung sowie nachvollziehbare Gründe für das Erlöschen habe er in der Gebührensatzung sowie in den zitierten Textstellen nicht gefunden. Auf der Internetseite des Landkreises habe er unter FAQ Abfallwirtschaft in 2016 eine Antwort auf seine Frage gefunden, ob seine Einzugsermächtigung aus den Vorjahren für die Abfallgebühren bestehen bleibe. Die Antwort darauf lautete ja.
Herr Umlauft stellt die Frage an die Mitglieder des Kreistages, ob es die Absicht gewesen sei, eine Satzung zu beschließen, die bei gleicher Dienstleistung die Entsorgung der angeschlossenen Grundstücke die Gebührenzahler in zwei Gruppen aufteile. Zum einen in die Gruppe der Bevorteilten, bei der die fälligen Gebühren vom Konto eingezogen werden würden und in die Gruppe der weniger Bevorteilten, die ihre Gebühren ab 1. Januar 2018 termingerecht auf das angegebene Konto des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft einzuzahlen hätten.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass nach einer Prüfung eine schriftliche Antwort ergehen werde.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Frau Kreistagspräsidentin Köster teilt mit, dass der Antrag A/2/0099 „Begehbarkeit des Königsstuhls sichern“ vom Einreicher, der SPD-Fraktion, zurückgezogen worden sei. Damit sei der eingereichte Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne zum A/2/0099 auch erloschen.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung.

Der Kreistag bestätigt einstimmig die Tagesordnung der 20. Sitzung des Kreistages unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderung.

4. Genehmigung der Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreistages vom 11. Dezember 2017

Anmerkungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Kreistag genehmigt einstimmig bei fünf Enthaltungen die Niederschrift über die 19. Sitzung des Kreistages vom 11. Dezember 2017.

5. Bericht des Landrates

Herr Landrat Drescher geht zunächst auf den geplanten **Doppelhaushalt 2018/2019** ein. Ein Vorteil sei, dass man insgesamt ein Haushalt weniger zu bearbeiten habe. Gremienbefassung schaffe man in der gleichen Zeit und im Dezember könne der Beschluss hierzu gefasst werden. Ein großer Vorteil sei, dass man nicht

ein Jahr lang auf die Haushaltsgenehmigung warten müsse. Dann gelte der Haushalt vom ersten Tag des Jahres an. Bei Vergaben und Ausschreibungen könnten sodann mitunter bessere Resultate erzielt werden. Auch im freiwilligen Bereich könne sofort gezahlt werden. In den Gremien habe er hierfür bereits Akzeptanz gefunden.
Weiter informiert Herr Landrat Drescher über die **Einhaltung von Hilfsfristen im Rettungsdienst.** Fakt sei, dass das Gesetz und die Verordnung dazu geändert worden seien. Es seien Hilfsfristen eingeführt worden, die mit den jetzigen Bedingungen nicht eingehalten werden können. Das Land sage hingegen, dass dies getan werden müsse. Zu dem Zweck führe der Landkreis Rostock inzwischen auf Landkreisebene, gemeinsam für alle Landkreise eine Ausschreibung durch, hinsichtlich einer Neuermittlung von geeigneten und notwendigen Standorten. Der Landkreis habe jedoch nicht die Kapazität für eine flächendeckende Einhaltung des Gesetzes. Vor dem Hintergrund seien die Krankenkassen aufgefordert worden, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Die zuständigen Krankenkassen seien bereits angeschrieben worden. Für alles andere in der Organisation sei der Landkreis zuständig. Ebenso werde der zuständige Minister auf dem Laufenden gehalten. Unterm Strich sagt Herr Landrat Drescher, dass Ressourcen und vor allem Personal benötigt werde. Dies würde jedoch noch etwas Zeit in Anspruch nehmen. Insgesamt bleibt festzustellen, dass es flächendeckend sehr viele Gebiete gebe, die es betreffe. Die größte Prägnanz gebe es dabei in Recknitz-Trebeltal. Weiterhin sei West-Rügen ein Problem und der Raum um Karnin. Nach dem jetzigen Gesetz gebe es jedoch auch Versorgungslücken in der Hansestadt Stralsund.
Bezüglich des Themas **Asyl** berichtet Herr Landrat Drescher, dass die Zuwanderung von Asylsuchenden im Jahr 2017 bei 332 gelegen habe. Bis zum März dieses Jahres seien es 86 gewesen. Inzwischen seien im Landkreis 1086 Asylbewerber. Davon seien 410 dezentral und 676 in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Anerkannte Flüchtlinge gebe es 1897 im Landkreis. Die Ausreise bei Asylbewerbern bleibe weiterhin ein wichtiges Thema. 2017 seien es 433 Ausreisepflichtige gewesen. Davon seien nur 28 freiwillig ausgereist und 38 Abschiebungen habe es gegeben und 43 fehlgeschlagene Abschiebungen. In 2018 seien sechs freiwillige Ausreisen gewesen. Es werde daher seit dem 1. Januar 2018 eine Rückkehrberatung durchgeführt, um den Asylbewerbern Möglichkeiten zu geben, sich zu informieren. Dies richte sich an anerkannte und geduldete Flüchtlinge sowie an Personen ohne Aufenthaltserlaubnis. Beraten werde u.a. zur Situation im Herkunftsland oder zur Klärung von Rückkehrperspektiven. Für die Aufgaben der Rückkehrerberatung sei im Fachgebiet Asyl eine Mitarbeiterin zuständig und werde für diese Aufgabe auch freigestellt.
Zur **Breitbandversorgung** informiert Herr Landrat Drescher, dass es am 26. März 2018 den ersten Spatenstich auf dem Festland geben werde. Auf der Insel Rügen sei bereits Bautätigkeit gewesen. Neben den Bürgermeistern und den Chefs der Verwaltungen aller Gemeinden und Ämtern seien die Fraktionsvorsitzenden sowie die Kreistagspräsidentin anwesend gewesen. Gegenwärtig sei man dabei, die Grundstücke, die angeschrieben worden seien, welche auch im Geoportal seien, noch mal mit den Daten aus der Abfallwirtschaft abzustimmen. Unterm Strich werde es 40.000 Anschlüsse geben. Nach wie vor stehe Herr Landrat Drescher dazu, dass es eine hundertprozentige Abdeckung mit Glasfaser geben werde. Er sei sehr optimistisch, dass dies gut vorangebracht werde.

6. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Adomeit erinnert an seine Anfrage vom 5. Januar 2018, ob allen Kindern des Landkreises Kindertagesstättenplätze bereitgestellt würden. Darauf habe er die Antwort erhalten, dass allen Kindern ausreichend Plätze zur Verfügung gestellt werden könnten. Am 15. Januar 2018 habe er in der Ostsee-Zeitung gelesen, dass in

Stralsund 300 Kindertagesstättenplätze fehlen würden. Herr Adomeit bittet um Klärung.

Frau Schröter erklärt, dass die Aussage aus der Ostsee-Zeitung auf Planungshinweisen beruhe. Es werde für das gesamte Jahr geplant. Zusammen mit der Hansestadt Stralsund und den Trägern sei geschaut worden, wie viele Plätze voraussichtlich fehlen werden würden, auch im Zusammenhang mit Kita-Invest. Die Aussage, die der Landrat getroffen habe, sei mit großer Wahrscheinlichkeit eine stichtagsbezogene Aussage gewesen, wie die aktuelle Situation in der Kindertagespflege sei. Richtig sei, dass auf die Zukunft gedacht Kindertagesstättenplätze fehlen würden.

Herr Kuhn erklärt, dass er von der Bürgerinitiative Gingst gegen die Windräder eingeladen worden sei und gebeten worden sei, folgende Frage im Hinblick auf das weitere Auslegungsverfahren zum Planfeststellungsverfahren für das Windeignungsgebiet an den Landrat weiterzuleiten. Er bittet Herrn Landrat Drescher beim Planungsausschuss zu hinterfragen, warum ein neues Auslegungsverfahren geplant sei.

Herr Landrat Drescher erläutert, dass die Bearbeitung beim Regionalen Planungsverband liege. Der Vorstand werde sich am Mittwoch damit beschäftigen. Anschließend werde er darüber informieren.

Herr Arendt gibt eine Anfrage einer Bürgerin an den Landrat weiter, welche zuvor die Anfragen bei der Bürgerschaft vorgetragen habe. Die Bürgerschaft sei dafür nicht zuständig gewesen. Hierbei gehe es um die prozentuale Herkunft von Ausländern. Er reicht die Anfragen schriftlich ein.

Herr Landrat Drescher sichert eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Scharmberg reicht Fragen ein, welche sich speziell auf die Situation fehlender Fachkräfte in Hotels, Restaurants, Gaststättenbereich sowie im Bereich der Pflege beziehe. Er reicht die Anfragen schriftlich ein und bittet um Beantwortung.

Herr Dr. Weiß erinnert an seinen vor eineinhalb Jahren gestellten Antrag bezüglich der Prüfung der Machbarkeit eines Schienenweges zur Querung des Fischlandes per Slip. Dieser Antrag sei dann im Kreisentwicklungsausschuss behandelt worden. Er fragt, was mit dem Antrag passiert sei. Der Landwirtschaftsminister habe von dieser Angelegenheit nichts gewusst. Weiter fragt Herr Dr. Weiß bezüglich eines bevorstehenden vierten Beteiligungsverfahrens, inwieweit sich der Landkreis mit einer solchen erheblichen Verlängerung des Prozederes im Regionalen Planungsverband von den Zielen der Energiewende verabschieden bzw. entfernen würde.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass die Querung des Fischlandes noch mal im Ausschuss eruiert werden müsse. Bezüglich der Darß-Bahn sagt Herr Landrat Drescher, dass sich inzwischen sehr viele damit beschäftigen würden und dies Stück für Stück gedeihe. Zum Thema Beteiligungsverfahren Fortschreibung Regionales Raumentwicklungsprogramm informiert Herr Landrat Drescher, dass eine Beteiligung dann notwendig sei, wenn es gravierende Änderungen in der Planung gebe. Hintergrund sei der, dass diejenigen, die die Veränderungen noch nicht kennen, Gelegenheit bekommen würden, auf diese Veränderungen einzugehen.

Herr Eggersmann reicht im Namen der Fraktion Grüne Fragen bezüglich der Verwendung von chemischen Wirkstoffen auf Flächen des Landkreises ein und bittet um schriftliche Beantwortung.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

7. Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen des Amtsgerichtes Stralsund

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 357-20/2018

Der Kreistag wählt folgende Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen und Hilfsschöffen des Amtsgerichtes Stralsund:

- Herr André Meißner
- Frau Margret Schüler
- Herr Rolf Zaspel
- Frau Dr. Heike Carstensen
- Herr Christian Georg Thiede
- Herr Helge Eggersmann
- Herr Dr. Manfred Möller

Abstimmungsergebnis:
Dafür: 56
Dagegen: 0
Enthaltungen: 0

8. Nach- und Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien

8.1. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitglieds im Haushalts- und Finanzausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 343-20/2018

Der Kreistag wählt Herrn Benjamin Heinke als stellvertretendes Mitglied in den Haushalts- und Finanzausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.2. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 344-20/2018

Der Kreistag wählt Frau Heike Zeh als stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.3. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Sozial- und Gesundheitsausschusses aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 345-20/2018

Der Kreistag wählt Frau Susanna Masur als stellvertretendes Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.4. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 346-20/2018

Der Kreistag wählt Herrn Norbert Schöler als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.5. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes im Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 347-20/2018

Der Kreistag wählt Herrn Ingo Trusheim als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.6. Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Betriebsausschuss des Jobcenters aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 348-20/2018

Der Kreistag wählt Herrn Ernst Branse als stellvertretendes Mitglied im Betriebsausschuss des Jobcenters aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.7. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes in der Ehrenkommission aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

Redebedarf besteht nicht

Beschluss: KT 349-20/2018

Der Kreistag wählt Herrn Helmut Krüger als ordentliches Mitglied in der Ehrenkommission aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.8. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes in der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 350-20/2018

Der Kreistag wählt Herrn Christian Ehlers als ordentliches Mitglied in der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.9. Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes in der Mitgliederversammlung der Kommunalgemeinschaft POMERANIA e.V. aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 351-20/2018

Der Kreistag wählt Frau Marion Schael als ordentliches Mitglied in der Mitgliederversammlung der Kommunalgemeinschaft POMERANIA e.V. aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.10 Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Vorpommern aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 352-20/2018

Der Kreistag wählt Herrn Christian Griwahn als stellvertretendes Mitglied in der Verbandsversammlung des Sparkassenzweckverbandes Vorpommern aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Hans-Dieter Konkol.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.11 Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss aufgrund des Verzichts von Frau Ute Bartel

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 353-20/2018

Der Kreistag wählt Frau Kristine Kasten als ordentliches Mitglied im Jugendhilfeausschuss aufgrund des Verzichts von Frau Ute Bartel.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.12 Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Jugendhilfeausschuss aufgrund des Verzichts von Frau Dr. Heike Carstensen

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 354-20/2018

Der Kreistag wählt Frau Ute Bartel als stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss aufgrund des Verzichts von Frau Dr. Heike Carstensen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.13 Nachbesetzung eines ordentlichen Mitgliedes im Ausschuss für Prävention, Brand- und Katastrophenschutz aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Jochen Kwast

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 355-20/2018

Der Kreistag wählt Herrn Werner Wilmes als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Prävention, Brand – und Katastrophenschutz aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Jacob Kwast.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

8.14 Nachbesetzung eines stellvertretenden Mitgliedes im Ausschuss für Soziales und Gesundheit aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Jochen Kwast

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 356-20/2018

Der Kreistag wählt Herrn Dirk Niehaus als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Soziales und Gesundheit aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Jochen Kwast.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

9. Änderung der Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2018
Vorlage: BV/2/0460

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 334-20/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Änderung der Haushaltssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen für das Haushaltsjahr 2018.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

10. 3. Änderungssatzung des Landkreises Vorpommern-Rügen über die Schülerbeförderung und Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg vom 11. Juni 2012
Vorlage: BV/2/0463

Frau Kreistagspräsidentin Köster informiert, dass zu dieser Beschlussvorlage zwei Änderungsanträge vorlägen, zum einen von der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und von der Kreistagsfraktion DIE LINKE.

Herr Landrat Drescher erinnert daran, dass man sich noch in der Haushaltskonsolidierung befinde. Mit der ersten Lesung habe er vorgeschlagen, dass daran gearbeitet werde, die Haushaltskonsolidierung zu beenden. Die Voraussetzung für die Beendigung sei, das Ende des Vertrages zu konstatieren. Im Mai werde hierzu eine Beratung stattfinden. Herr Landrat Drescher erinnert an den Schulcampus, wo der Landkreis rund 9 Mio. Euro haben wolle. Auf dieses Geld könne seiner Meinung nach nicht verzichtet werden. Sofern das Vertragsende erreicht sei, könne im Juni der Beschlussvorschlag eingebracht werden die Haushaltskonsolidierung zu beenden. Es sei versucht worden, die Änderungen, die über den Ausschuss gekommen seien, so vorzubereiten, dass diese für den Haushalt des Landkreises kostenneutral seien. Weiter erklärt Herr Landrat Drescher, dass Änderungsanträge, die die Umsetzung des Haushaltskonsolidierungskonzept verzögern oder diesem entgegenstehen würden, gemäß § 109 KV M-V unter Benennung der berührten Maßnahme zusätzliche neue Maßnahmen benennen müssen, die die entscheidenden Mehraufwendun-

gen/Mehrauszahlungen und Mindererträge/Mindereinzahlungen vollständig kompensieren würden. Dabei sei die Eignung der neuen Maßnahme darzustellen. Dahingehend bittet er die Antragsteller um Berücksichtigung.

Frau Brüdgam begründet die Einbringung des Änderungsantrages der Kreistagsfraktion DIE LINKE und erklärt, dass hiermit ein Zuschuss der maximal 50 Euro monatlich für die Fahrt zur örtlich nicht zuständigen Schule beantragt werde, welcher auch auf die Nutzung der Bahn anzuwenden sei. Als Finanzierungsgrundlage könne sich Frau Brüdgam vorstellen, als Deckungsquelle die Mehreinnahmen im Teilhaushalt 7, Produkt 1220200 zu verwenden. Sie gehe jedoch nicht davon aus, dass Mehrausgaben notwendig werden würden. Weiter stellt Frau Brüdgam fest, dass der Antrag sehr dem eingereichten Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen ähnele. Daher schlägt sie vor, dass aus beiden Anträgen ein Antrag gemacht werde.

Herr Eggersmann begründet die Einbringung des Änderungsantrages. Das Ende des § 3 Satz 1 solle wie folgt ergänzt werden: „oder für schienengebundenen Personennahverkehr laut ÖPNV-Gesetz des Landes M-V; für die Anspruchsberechtigten besteht ein Wahlrecht zwischen diesen Beförderungsmitteln“.

Herr Dr. Kerth erklärt, dass die SPD-Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Die Änderungsanträge könne er nicht mittragen.

Herr Reichenbach bittet als Vorsitzender des Schülerbeförderungsausschusses auch im Sinne des Haushaltes die Änderungsanträge abzulehnen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster teilt mit, dass über den Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt werde in Ergänzung mit der Produktkontoangabe der Fraktion DIE LINKE.

Der Kreistag lehnt den Antrag bei 14 Ja-Stimmen und acht Enthaltungen mehrheitlich ab.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss: KT 335-20/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 3. Änderungssatzung zur Satzung des Landkreises Vorpommern-Rügen über die Schülerbeförderung und Erstattung der notwendigen Aufwendungen für den Schulweg vom 11. Juni 2012.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

11. 2. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2015/2016 - 2019/2020
Vorlage: BV/2/0451

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 336-20/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 2. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die allgemein bildenden Schulen im Planungszeitraum 2015/2016 – 2019/2020:

1. Die Grundschule Brandshagen wird zum Ende des Schuljahres 2018/2019 geschlossen. Ab dem Schuljahr 2019/2020 besuchen die Schülerinnen und Schüler den Grundschulteil der Regionalen Schule mit Grundschule Miltzow.

2. Die Grundschule Horst wird zum Ende des Schuljahres 2018/2019 geschlossen. Ab dem Schuljahr 2019/2020 besuchen die Schülerinnen und Schüler den Grundschulteil der Regionalen Schule mit Grundschule Miltzow.

3. Die Regionale Schule Reinberg wird zum Ende des Schuljahres 2019/2020 geschlossen. Ab dem Schuljahr 2020/2021 besuchen die Schülerinnen und Schüler den Regionalschulteil der Regionalen Schule mit Grundschule Miltzow.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

12. 2. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die beruflichen Schulen im Planungszeitraum 2013/2014 bis 2017/2018
Vorlage: BV/2/0450

Redebedarf bestand nicht.

Beschluss: KT 337-20/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die 2. Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes des Landkreises Vorpommern-Rügen für die beruflichen Schulen im Planungszeitraum 2013/2014 – 2017/2018.

Ab dem Schuljahr 2017/2018 erfolgt die Ausbildung „Staatlich anerkannte Erzieherin und Staatlich anerkannter Erzieher für 0- bis 10-Jährige“ am Regionalen Beruflichen Bildungszentrum (RBB) des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen

13. Änderung des Gesellschaftsvertrages der REWA GmbH
Vorlage: BV/2/0453

Redebedarf besteht nicht.

Beschluss: KT 338-20/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Änderung des Gesellschaftsvertrages der „Klärschlamm-Kooperation Mecklenburg-Vorpommern“ GmbH durch die REWA Stralsund GmbH auf Grund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung der REWA Stralsund GmbH vom 20. September 2017.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

14. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE: "Gestaltung der Website der Kreismusikschule Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/2/0102

Frau Brüdgam erklärt, dass sich der vorliegende Antrag durch die neue Internetpräsenz der Kreismusikschule des Landkreises erübrigt habe. Daher zieht sie den Antrag zurück.

Herr Landrat Drescher teilt mit, dass Herr Doß, Leiter der Kreismusikschule, bereits seit mehreren Jahren an der Website arbeite. Jedoch habe die Musikschule die Prioritäten zunächst einmal anders gesetzt. So hätten die Fusionierung der Musikschulen sowie die Strukturierung Vorrang gehabt. Die Website sei planmäßig am vergangenen Freitag online geschalten worden. Herr Landrat Drescher erklärt, dass ihm ein einheitliches Design am Herzen liege.

15. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Kontaktbüros zur Fachkräfteanwerbung im Ausland"
Vorlage: A/2/0101

Herr Dr. Kerth begründet die Einbringung des Antrages. Dieser Antrag solle ein Anstoß dafür sein, dass der Landkreis Aktivitäten unternehme, um sich mit diesem Thema intensiver zu befassen. Denn schließlich stehe man mit anderen Landkreisen im Wettbewerb, wenn es um das Thema Fachkräfte gehe.

Herr Lewing erklärt, dass er den Antrag nicht nachvollziehen könne. Er erinnert an den Beschluss des Welcome-Centers, welches unter anderem die Aufgabe habe, die Gewinnung auswärtiger und ausländischer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu akquirieren, um im Standortwettbewerb zu bestehen und Menschen aus Vorpommern als Fachkräfte zu interessieren und gewinnen. Vor dem Hintergrund werde die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen.

Frau Breitenfeldt schließt sich den Ausführungen von Herrn Lewing an. Auch sie könne dem Antrag inhaltlich wenig abgewinnen. Weiter führt sie aus, dass es inzwischen auch viele Hoteliers gebe, die mit polnischen Arbeitsvermittlern im Landkreis zusammenarbeiten würden, welche Arbeitskräfte für die Saison sowie für das gesamte Jahr in den Landkreis holen würden. Frau Breitenfeldt äußert den Wunsch, dass sich im Lohnniveau bewegt werden sollte und ordentliche Arbeitsbedingungen geschaffen werden müssten.

Herr Arndt führt aus, dass er dem vorliegenden Antrag ebenfalls nicht zustimmen werde.

Frau Latendorf sagt, dass der Antrag schwammig formuliert sei. Zudem hätten der Bund und das Land Initiativen vorgeschlagen, wie der Arbeitskräftebedarf geklärt werden sollte. Die Fachkräftesuche ist primär die Aufgabe derjenigen, die sie benötigen. Diese hätten eigene Institutionen dafür, denen der Landkreis nicht die ganze Arbeit abnehmen sollte. Unternehmen müssten wieder konkret und gezielt ausbilden würden. Wichtiger als Fachkräftesuche im Ausland sei eine tarifgerechte Entlohnung in den suchenden Branchen.

Herr Bauch ergänzt, dass der Fachkräftemangel in allen Branchen vorzufinden sei.

Mit Blick auf die Statistik werde dieses Problem seiner Meinung nach nicht gelöst werden können und diese Stellen nicht alle besetzt werden können. Es müsse hierbei um die Anwerbung von Menschen gehen, die gut bezahlt werden würden und letztlich auch in der Region blieben.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass das Problem des Fachkräftemangels allgegenwärtig sei, da gebe er seinen Vorrednern Recht. Dieses Thema werde sich noch in ganz Deutschlang verstärken. Das Welcome-Center befinde sich derzeit noch in der Ausschreibung. Ziel sei vor allem, dass über verschiedenste Möglichkeiten aktiv nach außen gewirkt werde. Die Wirtschaftsfördergesellschaft mache das seit fünf Jahren. Herr Landrat Drescher sagt weiter, dass es sich hierbei um ein gesamtgesellschaftliches Problem handle, welches der Landkreis nicht lösen könne. Was als Landkreis getan werde könne, werde bereits jetzt schon getan.

Herr Dr. Kerth sagt, dass der Antrag als Prüfauftrag gesehen werden sollte. Das Welcome-Center sei seiner Meinung nach nicht die Lösung des Problems.
Die SPD-Fraktion werde weiterhin am Antrag festhalten.

Herr Hofmann sagt, dass der Antrag in sich total unschlüssig sei. Die Fachkräfte seien vorhanden, jedoch seien diese in anderen Branchen tätig, um sich über Wasser zu halten.

Herr Bauch ergänzt, dass Herr Kammann im Ausschuss die Lösung befürwortet habe. Er selbst habe mitgeteilt, dass es Landkreise gebe, die dies mit sehr guten Ergebnissen durchführen würden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt, dass neue Wege zur Fachkräftegewinnung geprüft werden sollen. Ein möglicher Ansatz könnte darin bestehen, dass Arbeitskräfte über feste Kontaktbüros in osteuropäischen Herkunftsländern zu gewinnen sind. Die Aktivitäten sollten aufgrund der gemeinsamen Wirtschaftsfördergesellschaft möglichst in Zusammenarbeit mit dem Nachbarlandkreis Vorpommern-Greifswald und den weiteren dafür primär zuständigen Institutionen durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei sechs Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgelehnt

16. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Bienensterben verhindern" Vorlage: A/2/0100

Herr Schmidt begründet die Einbringung des Antrages und erklärt, dass auf der letzten Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft vom Vorsitzenden des Imkervereins ein sehr interessanter Vortrag gehalten worden sei. Er hoffe auf Unterstützung des Antrages.

Herr Borschke sagt, dass der Antrag überflüssig sei und geeignet sei, erheblichen

Schaden am Image der Landwirte anzurichten. Den Antrag werde er daher nicht unterstützen und beantragt die Überweisung in den Umweltausschuss.

Herr Schmidt stellt klar, dass der Antrag nicht daraufhin zielen solle, die Landwirte und Bauern als Schuldige hinzustellen. Im Ausschuss sei ausführlich mit Landwirten darüber beraten worden. Sein Anliegen sei, dass gemeinsam eine Lösung gefunden werde.

Frau Breitenfeldt sagt, dass die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Fischerei- und Forstwirtschaft sehr aufschlussreich gewesen sei. Vor etwa 14 Tagen habe eine Veranstaltung der NABU in Bergen auf Rügen stattgefunden. Dort hätten die Stühle nicht ausgereicht, da sich so viele Menschen für dieses Thema interessiert hätten. Dies würde allein schon darauf hinweisen, dass der Antrag seine Berechtigung habe. Weiter erklärt Frau Breitenfeldt, dass eine aktivere Einbeziehung der Öffentlichkeit notwendig sei. Eine Überweisung in den Umweltausschuss würde sie unterstützen.

Herr Peters teilt mit, dass er die Überweisung des Antrages unterstützen werde.

Herr Dr. Möller berichtet aus der Praxis, dass neben der Versiegelung und Bebauung umfangreiche Flächen im gesamten Territorium unter Schutz gestellt seien. Warum sei es nicht signifikant zu sehen, dass dem Insektensterben entgegengewirkt werde. Es könne doch nicht sein, dass bei 50 Prozent der Flächen, die naturschutznah bewirtschaftet werden würden, der Artenschwund festzustellen sei.

Frau Latendorf teilt mit, dass es wichtig sei, dass die Insektenvielfalt im Landkreis erhalten bleibe. Den Antrag an sich finde sie in Ordnung, jedoch sei dieser etwas zu kurz gefasst. Zudem habe sich der Umweltausschuss auf seiner letzten Sitzung sehr intensiv mit dem Thema beschäftigt. Daher denkt Frau Latendorf, dass dieser Antrag im Umweltausschuss gefasst werden müsse. Weiterhin regt sie an, dass die Imkerausbildungen mehr forcieren werden müssten. Nicht nur über die Volkshochschule, sondern auch wieder als Lehrberuf.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über den Antrag von Herrn Borschke, den vorliegenden Antrag der SPD-Fraktion in den Umweltausschuss zu verweisen.

Der Kreistag stimmt der Verweisung in den Umweltausschuss einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird aufgefordert,

Schritte einzuleiten, das Bienen- und Insektensterben im Landkreis Vorpommern-Rügen einzudämmen.

1. Hierzu soll zum nächsten Kreistag der Vorsitzende des Landesverbandes der Imker MV, Torsten Ellmann, eingeladen werden, um den Vortrag, den er im Umweltausschuss gehalten hat, vor dem Plenum zu wiederholen.
2. Die Verwaltung soll prüfen, welche kreiseigenen Flächen bienenfreundlich umgestaltet werden können und diese dann entsprechend einrichten.

3. Die Bürgermeister des Kreises sollen aufgefordert und unterstützt werden, gleiches in ihren Gemeinden zu unternehmen und sich als bienenfreundliche Gemeinde zu profilieren.
4. Der Kreis wird aufgefordert, sich mit dem Kreisbauernverband abzustimmen, wie durch Einschränkungen von insektenschädlichen Pflanzenschutzmitteln dem Bienen- und Insektensterben Einhalt geboten werden kann.

17. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Begehbarkeit des Königsstuhls sichern" Vorlage: A/2/0099

Antrag zurückgezogen

18. Antrag der SPD-Kreistagsfraktion: "Landkreis Vorpommern-Rügen als Modellregion für kostenlosen ÖPNV" Vorlage: A/2/0098

Frau Kreistagspräsidentin Köster informiert, dass zum vorliegenden Antrag noch ein Änderungsantrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen eingegangen sei.

Herr Dr. Kerth begründet die Einbringung des Antrages. Mit dem Änderungsantrag könne er mitgehen.

Herr Eggersmann begründet die Einbringung des Änderungsantrages und bittet um Ergänzung des Antrages der SPD-Fraktion um einen weiteren Punkt:

„Der Landrat wird aufgefordert zu prüfen, ob neben der Kostenfreiheit auch andere Optionen Gegenstand einer Förderung durch die Bundesregierung sein können, die auf eine Fahrpreisreduzierung bei gleichzeitiger qualitativer Verbesserung des ÖPNV hin orientieren. Die Schülerbeförderung ist dabei in jedem Fall kostenfrei zu gestalten."

Herr Schwarz sagt, dass er den vorliegenden Antrag für einen Schaufensterantrag halte. Zudem werde die Arbeit im zuständigen Ausschuss gemacht. Über solche Themen könne gern im Kreisentwicklungsausschuss diskutiert werden. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Herr Dr. Weiß erklärt, dass eine Modellregion ein raumordnerischer Fachbegriff sei, und dieser bei der Raumordnung und Landesplanung bleiben solle. Weiter sagt er, dass die Frage nach einem kostenfreien ÖPNV eine grundsätzliche Frage sei. Wenn es denn soweit sei, sei dies nicht nur ein Instrument für die Weiterentwicklung der Lebensqualität vor Ort, sondern auch ein Instrument zur Weiterentwicklung des Tourismus. Die Darstellung im vorliegenden Antrag sei seiner Meinung nach unglücklich.

Herr Scharmberg sagt, dass die Hinweise, dieses Thema im Ausschuss gründlich zu bearbeiten, nicht von der Hand zu weisen seien. In seiner Fraktion sei man sich sehr uneinig, was den Antrag betreffe. Die Fraktion würde ihn unterstützen, jedoch so unterstützen, dass am Ende auch etwas dabei rauskomme.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass der Landkreis viel Potential aus eigener Kraft habe um, mit Unterstützung etwas voranbringen. Zurzeit gebe es ein Regionalbudget, welches über den Planungsverband zu verteilen sei. Der Landkreis sei Zuwendungsempfänger. Das Geld solle in größere und überkreisliche regionalbedeut-

same Projekte investiert werden. Eines dieser Projektideen sei ein Verkehrsverbund. Aus seiner Sicht sei dies ein erster großer Schritt, wenn sich die Region dazu bekennen würde. Die Voraussetzung, eine Modellregion zu werden, sei immer die gleiche. Zudem müsse auch die Landesregierung in die Verantwortung genommen werden. Fakt sei, dass es mit der Umsetzung des Koalitionsvertrages eine starke Fokussierung auf ländliche Räume in der Entwicklung gebe. Dann könne möglicherweise auch die Chance bestehen, dass der Landkreis in ein Modellprojekt hineinkomme.

Herr Dr. Kerth äußert, dass es um die Erhaltung der ländlichen Räume gehe und er sich über die grundsätzlich positive Diskussion freue. Da dies so ein wichtiges Thema sei, bittet er um Überweisung in den zuständigen Ausschuss.

Herr Eggersmann sagt, dass der Änderungsantrag zurückgezogen werde.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über die Verweisung des Antrages in den zuständigen Ausschuss.

Der Kreistag stimmt der Verweisung in den Ausschuss mehrheitlich zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen

- tritt für ein lebenswertes Leben in und die Aufwertung von ländlichen Räumen ein.
- fordert, dass das Modell in den aktuellen Planungen der Bundesregierung zum kostenlosen Nahverkehr auf die ländlichen Räume ausgeweitet und zumindest dort eine Modellregion geschaffen wird.
- beschließt, alle Anstrengungen zu unternehmen, dass der Landkreis Vorpommern-Rügen Modellregion wird.

19. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Schülerticket Mecklenburg-Vorpommern" Vorlage: A/2/0096

19.1 Änderungsantrag zum A/2/0096 der Kreistagsfraktion SPD: "Schülerticket M-V“ Vorlage: A/2/0096/1

Herr Eggersmann begründet die Einbringung des Antrages und bittet um Zustimmung.

Frau Bartel begründet die Einbringung des Änderungsantrages. Der Antrag solle wie folgt ergänzt werden:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Der Landrat wird beauftragt, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass ein landesweites Schüler- und Azubiticket eingeführt wird und sich das Land an den Kosten beteiligt.
2. Dieses Schüler- und Azubiticket soll auch im Freizeitbereich von den Schülerinnen, Schülern und Auszubildenden genutzt werden können. Daher sollte eine ange-

messene Kostenbeteiligung der Eltern, die leistungsfähig sind, erwogen werden.

Herr Kuhn erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Antrag sowie auch dem Änderungsantrag zustimmen werde, jedoch wäre eine vorherige Beteiligung der zuständigen Ausschüsse wünschenswert. Daher beantragt Herr Kuhn die Verweisung in den Schülerbeförderungsausschuss sowie in den Kreisentwicklungsausschuss.

Frau Brüdgam schlägt vor, dass der Kreistag einen Appell an die Landesregierung senden solle. Dieser könne in den Fachausschüssen fraktionsübergreifend formuliert werden. Die Fraktion DIE LINKE stimme den Anträgen zu, nehme diese jedoch als Arbeitsauftrag mit in die Ausschüsse.#

Herr Landrat Drescher empfiehlt, sich zu den Ausschüssen jemanden von der Landesregierung einzuladen. Letztendlich sei Schülerverkehr gesetzlich geregelt über die Ausgleichsverordnungen. Entweder man ändere die Ausgleichsverordnungen oder es gebe ein Sonderprogramm. Es könne in jedem Fall nur hilfreich sein, sich von der Landesregierung noch einmal das Finanzierungsmodell erklären zu lassen. Vielleicht entstehe daraus dann ein besser formulierter Antrag.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über den Antrag von Herrn Kuhn, die Anträge in die zuständigen Ausschüsse zu verweisen.

Der Kreistag stimmt der Verweisung der beiden Anträge in den Kreisentwicklungsausschuss und den Schülerbeförderungsausschuss mehrheitlich bei einer Gegenstimme zu.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass ein landesweites Schülerticket eingeführt wird. Dieses Schülerticket soll auch im Freizeitbereich von den Schülerinnen und Schülern genutzt werden können.

20. Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: "Verbesserung der Umsteigesituation am Bahnhof Velgast" Vorlage: A/2/0097

Herr Eggersmann begründet die Einbringung des Antrages.

Herr Schmidt erinnert an die Veranstaltung in Barth, bei der es auch um dieses Thema Umsteigemöglichkeiten gegangen sei. So sei unter anderem angedacht worden, die Züge auf beiden Gleisen ankommen zu lassen, damit nur noch von Gleis zu Gleis umgestiegen werden müsse. Außerdem müsse darauf hingewiesen werden, dass 2020/2021 alle Bahnhöfe behindertengerecht umgestaltet werden müssen.

Herr Kuhn empfinde den Antrag als sehr schlüssig. Die CDU-Fraktion werde dem Antrag zustimmen, gerade im Hinblick darauf, dass die Weichen in Richtung Darß-Bahn deutlich in eine gute Richtung stehe.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschluss: KT 339-20/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Kreisverwaltung wird beauftragt sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass ein barrierefreies Umsteigen am Bahnhof Velgast möglich wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

21. Ausschreibung zu Grundstücksveräußerungen in Prora, Liegenschaft Block V Vorlage: BV/2/0445

Frau Kreistagspräsidentin Köster teilt mit, dass ein Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur Beschlussvorlage vorliege.

Frau Breitenfeldt begründet die Einbringung des Änderungsantrages und bittet um Zustimmung.

Herr Kuhn sagt, dass extra ein Prora-Ausschuss eingeführt worden sei, welcher das Prozedere von Anfang an federführend begleitet habe und durch die Verwaltung mit Informationen ausgestattet worden sei. Nun sei man an einem Punkt angelangt, dass dem Landkreis die Vollmacht erteilt werden könne, mit dieser Grundstücksangelegenheit voranzuschreiten. Die Beschlussvorlage sei in sich außerordentlich schlüssig und lässt keine Freiräume offen. Daher sollte eine gute Beschlussvorlage nicht behindert werden, sondern zügig abgearbeitet werden.

Herr Landrat Drescher erklärt, dass die Verwaltung ermächtigt werde, alles weitere abzuwickeln, weil alles, was an Ideen, was abgewickelt werden könne, in die Beschlussvorlage hineinformuliert worden sei. Wer sich auf diese Ausschreibung bewerben werde, wisse ganz genau, was er zutun habe. Lediglich derjenige, der all diese Auflagen erfülle, bekomme die Zulassung zu einer Entscheidung.
Herr Landrat Drescher empfiehlt, dass so schnell wie möglich gehandelt werde.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet zunächst um Abstimmung über den Änderungsantrag.

Der Kreistag lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

Frau Kreistagspräsidentin Köster bittet um Abstimmung über die Beschlussvorlage.

Beschluss: KT 340-20/2018

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird ermächtigt:

1. nach Abschluss des Erbbaurechtsänderungsvertrages mit dem Deutschen Jugendherbergswerk M-V e.V. (DJH), Kamm 7 und Liegehalle des Blockes V, belegen in der Gemarkung Prora, Flur 6, Flurstück 11/66 mit einer Teilfläche von ca. 2.000 m² (Anlage 1), an einen Dritten zum Verkehrswert zu veräußern oder hierfür ein Erbbaurecht mit einer Laufzeit von 40 Jahren zu bestellen, sofern gesichert ist, dass dieser mit Unterstützung des Landes M-V bzw.

weiterer Fördermittelgeber saniert und danach dem Bildungs- und Dokumentationszentrum Prora e.V. kaltmietfrei zum Betrieb einer Bildungsstätte für die Dauer der Fördermittelbindungsfrist zur Verfügung stellt.

2. die Ausschreibung zur Veräußerung der Liegenschaft Prora Block V, Kämme 1 bis 6, entsprechend der beigefügten Ausschreibungsunterlagen (Anlage 2) durchzuführen sowie nach Abschluss des Ausschreibungsverfahrens die Prüfung und Auswertung der Angebotsunterlagen vorzunehmen.

Nach Umsetzung der vorgenannten Punkte wird der Landrat ermächtigt:

3. die in der Gemarkung Prora, Flur 6, Flurstück 11/66 belegene Teilfläche von ca. 90.000 m² an den auf Grund der Ausschreibung ermittelten Höchstbietenden zu veräußern.
4. die der Gemeinde Ostseebad Binz zugesagten Flächen (Anlage 3) zur Umsetzung gemeindlicher Vorhaben zum Verkehrswert zu veräußern.
5. der Gemeinde Ostseebad Binz einen dem Verkehrswert entsprechenden Zuschuss für investive Maßnahmen zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

22. Mitteilungen

Frau Kreistagspräsidentin Köster teilt mit, dass die nächste Sitzung des Kreistages am 7. Mai 2018 stattfinden werde.

Sie schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die Nichtöffentlichkeit der Sitzung herzustellen.

24. April 2018

gez. Andrea Köster
Kreistagspräsidentin

gez. Franziska Behm
Protokollführerin